

Konferenzberichte / Conference Reports

Religiöser Extremismus in Südostasien: Auswirkungen auf Sicherheit, Demokratisierung und wirtschaftliche Entwicklung

München, 4. November 2005

Was sind die Gründe und Hintergründe der religiösen Erneuerung in Südostasien? Hat sich in der Region im Kampf gegen den Terror eine „Zweite Front“ herausgebildet? Welchen Einfluss hat religiöser Extremismus auf regionale Kooperation, Demokratisierung und wirtschaftliche Entwicklung?

Diese und weitere Fragen standen bei dem sechsten „Roundtable Workshop Asien“ am 4. November 2005 in München im Mittelpunkt. Veranstaltet wurde dieser Workshop von der BMW-Stiftung Herbert Quandt in Zusammenarbeit mit dem Seminar für Wissenschaftliche Politik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Die erste Sitzung mit dem Thema „Die Rache Gottes an der Moderne. Gründe und Hintergründe der religiösen Erneuerung in Südostasien“ wurde von Claudia Derichs (Universität Duisburg-Essen) mit einer Analyse aus politologischer Perspektive eröffnet. Derichs bezeichnete die Renaissance des Islam in den 1970er Jahren als eine „soziale Revolution“, wie sie, wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen, in der westlichen Welt bereits in den 1960er Jahren stattgefunden habe. Als langfristige Folge seien seit den 1980/90er Jahren dann deutliche Spuren eines neuen muslimischen Bewusstseins in Südostasien zu beobachten gewesen. Diese „neue“ islamische Identität finde sich in Malaysia gleichermaßen wie in Indonesien. Dies sei zum einen darauf zurückzuführen, dass die westlichen Staaten kein überzeugendes Entwicklungsmodell angeboten hätten. Die Folge seien starke anti-westliche Einstellungen und Frustrationen gewesen. Auf der nationalen Ebene habe zudem die Unzufriedenheit mit der eigenen Regierung und die Notwendigkeit, soziale Lücken zu füllen, die der Staat nicht schließen könne, dazu geführt, dass eine islamische Identität gewissermaßen zum Kitt des gesellschaftlichen Zusammenhanges wurde.

Arndt Graf (Université de La Rochelle) vertrat die These, dass die erste Generation, die in Indonesien mit der vertieften Marktintegration konfrontiert wurde, wohl am stärksten traumatisiert worden sei. Als Folge habe sie am stärksten nach neuen religiösen Antworten in Bereichen wie Kleidung, Recht, politischer Kultur und Familientradition gesucht. Dies müsse aber nicht von Dauer sein: „Ich könnte mir vorstellen, dass die verstärkte Hinwendung zum Religiösen in Indonesien kein fortwährender Trend ist, sondern in ein oder zwei Generationen nachlässt, sofern auch die Krisenerfahrungen nachlassen. Vielleicht entsteht dann so etwas wie eine indonesisch-islamische 68er-Gegenbewegung.“

Vorübergehendes Phänomen oder langfristige Entwicklung – diese unterschiedlichen Einschätzungen zogen sich auch durch die zweite Diskussionsrunde, die unter dem Thema „Zweite Front? Religiöser Extremismus und Terrornetzwerke in Südostasien“ stand. Jürgen Rüländ (Universität Freiburg/Arnold-Bergstraesser-Institut) brachte in seinem Vortrag deutliche Skepsis gegenüber der These einer „Zweiten Front“ in Südostasien zum Ausdruck. Diese sei vor allem durch die Wahrnehmung des Pentagons sowie in Südostasien, vor allem in Singapur, tätiger Risiko-Analysten geprägt. Deren Blick auf Südostasien habe sich nach den Anschlägen des 11. September schlagartig verändert, nachdem die USA die Region nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eher vernachlässigt hätten. Jetzt sähe man eine „Zweite Front“ in Südostasien entstehen, eine Brutstätte des Terrorismus, die in ihrem Gefahrenpotenzial dem Mittleren Osten nur wenig nachstehe. Die Szenarien reichten dabei vom Zugang von Terroristen zu Massenvernichtungswaffen und der Gefahr, dass diese eine „schmutzige Bombe“ zünden, bis hin zu möglichen Verbindungen und Allianzen zwischen internationalen Terroristen und Separatisten sowie organisierter Kriminalität und Piraterie.

Dem hielt Rüländ entgegen, dass sich terroristische Aktivitäten in Südostasien nur bedingt als Teil einer umfassenden globalen Terrorstrategie gegen den Westen verstehen ließen. Die Motive für terroristische Aktionen seien eher in lokalen Konfliktkonfigurationen zu suchen und knüpften zum Teil an frühere Rebellionen an. Zudem seien – wie Studien zeigen – die Übergänge zwischen politisch oder religiös motiviertem Terrorismus, schieferem Banditentum und politischem *warlordism* fließend. Weiterhin gründe die „Zweite Front“-These auf zum Teil fragwürdigem Quellenmaterial, Mutmaßungen, Übertreibungen und sich selbst bestätigenden Klischees.

In der darauf folgenden Diskussion wurden Rüländs Zweifel an der These weitgehend geteilt, die terroristischen Aktivitäten in der Region aber teils deutlich bedrohlicher eingeschätzt. Vor allem hinsichtlich der Intensität der Netzwerkbildung und der Rolle radikaler islamischer Kräfte fielen die Analysen sehr unterschiedlich aus.

„Terrorbekämpfung als einigendes Band? Religiöser Extremismus, internationaler Terrorismus und regionale Kooperation in Südostasien“ lautete das Vortragsthema von Jürgen Haacke (London School of Economics and Political Science). Haacke argumentierte, dass terroristische Aktivitäten und die Bemühungen um deren Eindämmung nicht zu stärkerer Kohäsion der ASEAN geführt hätten, was auf sehr unterschiedliche Wahrnehmungen des Problems Terrorismus und der eigenen Sicherheit sowie sehr vage Strukturen der Kooperation zurückzuführen sei. Die internationale und intraregionale Zusammenarbeit lasse hier noch sehr zu wünschen übrig.

Mark Thompson (Universität Erlangen-Nürnberg) widmete sich in seinem Vortrag dem Themenfeld „Religiöser Extremismus, innere Sicherheit und Demokratisierung in Südostasien“. Thompson verdeutlichte, dass die Zusammenhänge hier keiner schlichten Gesetzmäßigkeit folgen. So habe der Anti-Terrorismus-Diskurs in Malaysia wie Thailand auch demokratiefeindliche Konsequenzen mit sich gebracht, und in Indonesien habe die Demokratisierung den islamischen Terrorismus kurzfristig gestärkt. Dennoch schätzte Thompson die Zukunft Indonesiens langfristig optimistischer ein als viele Teilnehmer. Zum einen habe bislang der „demokratische Diskurs die Demokratisierung des Landes bislang überlebt“, zum anderen könne eine politische Radikalisierung des Islams auch mit einer Marginalisierung einhergehen.

Michael von Hauff (Universität Kaiserslautern) verwies in seinem Vortrag „Wachstumshemmnis religiöser Extremismus? Zu den wirtschaftlichen Perspektiven Südostasiens“ auf die Abhängigkeit der Region von ausländischem Investitionskapital. Südostasien sei hier nach der Asienkrise in eine zunehmend ungünstigere Wettbewerbssituation gekommen, vor allem gegenüber China und zunehmend auch Indien. Dies sei aber nicht unbedingt auf das Phänomen Terrorismus/Extremismus zurückzuführen, vielmehr gebe es ein ganzes Bündel von Risikofaktoren. Wenn man von quantifizierbaren Auswirkungen des Terrorismus auf die Ökonomie spreche, dann seien dies oft eher lokale und regionale Entwicklungen, die zum Teil sehr stark vor Ort durchschlugen, aber für die Gesamtwirtschaft eher geringer einzuschätzen seien, wie der Einbruch des Bali-Tourismus. In diesem Zusammenhang biete die USA mit ihrem neoliberalen Globalisierungsmodell in einer Region, die gerade in Indonesien sehr stark durch kollektive oder durchaus sozialistische Muster der Verteilungspolitik geprägt sei, große Angriffsflächen für antiwestliche Agitation.

Bei aller Varianz der Positionen wurde im Laufe des Workshops deutlich, dass einfache Antworten auf den religiösen Extremismus in Südostasien zu kurz greifen. So vielfältig die Ursachen für die religiöse Erneuerung in der Region sind, so unterschiedlich fielen die Prognosen für deren

weitere Entwicklung aus. Im Hinblick auf terroristische Netzwerke ist die unsichere und teils zweifelhafte Quellenlage Nährboden für eine Vielzahl von Interpretationen spekulativen Charakters. Am bedenklichsten aber ist die Beobachtung, dass die Staaten und Staatenbünde der Region ökonomisch und vor allem politisch bislang nur sehr unzureichend und teils kontraproduktiv auf die Herausforderung durch den religiösen Extremismus reagiert haben.

Stefan Rother

Women and Politics in Asia

Islamabad, 24.–25. November 2005

Zum dritten Mal seit 2003 trafen sich WissenschaftlerInnen, AktivistInnen und PolitikerInnen zu der internationalen Konferenz "Women and Politics in Asia". Die Tagung wurde von der Universität Duisburg-Essen mitorganisiert und bot die Gelegenheit, das DFG-geförderte Forschungsprojekt „Dynastien und politische Führerinnen in Asien“ (www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/institut/mitarbeiter/Dynasties/index.htm) sowie seine bisherigen Forschungsergebnisse einem breiten lokalen und regionalen Fachpublikum vorzustellen.

In diesem Jahr lag der Schwerpunkt auf einer stärkeren Vernetzung von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik, um das gender-spezifische Gesicht asiatischer Politik näher zu untersuchen und *best practices* entwickeln zu können. In sechs parallelen Panels wurden süd- und südostasiatische Fallstudien und Erfahrungen vorgestellt und diskutiert: (a) personalisierte Politik und Dynastien (Indien, Pakistan, Birma, Philippinen), (b) Ethnizität, religiöse Diskurse, Konflikte und internationale Konventionen (Malaysia, Sri Lanka, Pakistan und Indien), (c) Frauen in der pakistanischen Politik mit Erfahrungsberichten von Parlamentarierinnen und Senatorinnen, (d) Wahlen und Quoten mit Fallstudien aus Bangladesch, Pakistan, Nepal, Japan und einer Regionalstudie, (e) Dezentralisierung (Indien, Pakistan, Vietnam) sowie (f) Medien – Push- oder Pull-Faktor für die Politik?

Den Teilnehmenden aus sechzehn Ländern ging es um die Gender-Dimension des politischen Lebens Asiens, insbesondere den Problemen, Frauen in den politischen Mainstream ihres Landes zu integrieren und ihnen eine effektive Mandatsausübung zu ermöglichen. Die Konferenzbeiträge, auch aus den Jahren 2003 und 2004, sind auf der Webseite des neu ge-

gründeten Women and Politics in Asia Forum (www.wpaf.org) verfügbar, welches als Plattform für die weitere Vernetzung und wissenschaftliche Forschungskooperation dienen soll.

Es wurden verschiedene Vorschläge erarbeitet, die der nationalen Presse und Öffentlichkeit in Pakistan auf der abschließenden Podiumsdiskussion vorgestellt wurden. In erster Linie wurde gefordert, interaktiv und partizipativ weitere Forschung zur politischen Repräsentation und Partizipation von Frauen in Asien durchzuführen. Eine solche „engagierte“ Forschung sollte möglichst Wissenschaftler, Aktivisten und Politikerinnen miteinander verbinden, um die aktuelle Situation umfassend und detailliert zu erkunden und *best practices* entwickeln zu können. Zudem unterstrichen mehrere Vortragende die Notwendigkeit, gender-disaggregierte Daten zu erheben, die erst eine Auswahl der Themen und eine Politik ermöglicht, die den Gender-Aspekt berücksichtigt. Entsprechend müsse die Gender-Perspektive in akademischen Umfragen, politischen Programmen und Entscheidungsfindungen dauerhaft Einzug finden – im Sinne eines Gender Mainstreaming in Zeiten von Frieden, Krieg und Katastrophenhilfe (wie aktuell in Pakistan und den vom Tsunami betroffenen Ländern). Mehrere Teilnehmende, allen voran Drude Dahlerup (Universität Oslo, www.quotaproject.org), bekräftigten eine dringend notwendige *fast-track policy* für das politische Empowerment von Frauen, nicht nur in Asien. Es bedürfe institutioneller Maßnahmen, um eine kritische Masse von Frauen auf verschiedenen Entscheidungsebenen in politisch stabilen Zeiten, aber auch in solchen des Übergangs oder nach einem Konflikt zu etablieren – *institutions matter*. Zusätzlich müssen weitere Erfordernisse auf dem Weg zu einer geschlechter-gerechten Demokratie erfüllt werden: eine veränderte Zusammensetzung der politischen *gatekeeper*, Demokratisierung und funktionierende Mehrparteiensysteme als „Arbeitsbasis“, das Einbinden von Frauen als *femocrats* in gesellschaftliche und wirtschaftliche Entscheidungsfindungsprozesse, insbesondere in den Schaltstellen der einflussreichen Ministerialbürokratie. Abgesehen von den notwendigen institutionellen Wandlungsprozessen wurde ein Transformationsbedarf bei den Politikerinnen selbst identifiziert: Diese sollten ihren Aktionsradius und ihre *agency*-Optionen kreativ und innovativ erweitern und neben sogenannten parlamentarischen *women caucuses* andere öffentliche Foren nutzen, insbesondere dann, wenn konventionelle Formen die Umsetzung der eigenen Agenda durch Marginalisierung und Exklusivität verhindern. Ein weiterer Stützpfiler sind dabei Allianzen mit der Zivilgesellschaft und die Garantie eines Rechtsstaates, vor allem im Fall von gender-diskriminierender Gesetzgebung wie den Hudood Ordinances in Pakistan und fehlender Umsetzung von internationalen Menschenrechtskonventionen für Frauen, wie es in vielen Ländern Süd- und Südasiens der

Fall ist. Eine Kooperation zwischen der *grassroots*-Ebene und den Parlamentarierinnen könne zudem *representative gaps* überwinden und letztere in die politische Verantwortung und Interessensvertretung verstärkt einbinden. *Capacity building* für Parlamentarierinnen und Kandidatinnen war ein weiteres Schlagwort der verschiedenen Workshops. Auch wurde mehr genderspezifische Verantwortung der elektronischen und Printmedien gefordert: Politikerinnen sollten als Rollenmodelle verstanden und vor allem auch in ihren Erfolgen dargestellt werden.

Die nächste Konferenz wird 2007 in Ottawa, Kanada, stattfinden.

Andrea Fleschenberg

Regional- und Kulturwissenschaften in Deutschland und die neuen Studiengänge

Freiburg, 16.–17. Dezember 2005

„Droht ein Ende des interkulturellen Dialogs?“ Mit diesem Szenario hatte der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 120 Vertreter der sich mit Regionen der so genannten Dritten Welt befassenden Regional- und Kulturwissenschaften am 16. und 17. Dezember 2005 nach Freiburg geladen. Tatsächlich stehen die Fächer durch Mittelkürzungen, Konzentrationsprozesse und vor allem die Einführung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge vor teils existenzbedrohenden Herausforderungen. Der Druck zur Reform bringt aber auch Chancen zur Neuaufstellung mit sich.

„Regional- und Kulturwissenschaften haben einen großen Wert an sich, sie sind eine sinnvolle Ergänzung zu bestehenden Studienbereichen“, bescheinigte der Rektor der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität, Wolfgang Jäger, den Disziplinen. Er verwehrte sich gegen die „kurzsichtige politische Betrachtung“, deren Angebot bloß quantitativ zu betrachten und ohne Berücksichtigung des Gesamtprofils der Universität an einzelnen Standorten zu konzentrieren: „Der Idee einer in Forschung und Lehre vernetzten Universitas entspricht das nicht“.

Während bei einigen in Deutschland nur noch selten vertretenen Fächern wie der Mongolistik eine solche Konzentration noch als „Artenschutz“ dienen könne, warnte Professor Jürgen Rüländ vom Seminar für wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg bei den besser aufgestellten Disziplinen vor einem „Kahlschlag“. Eine mögliche negative Folge einer solchen

übermäßigen Konzentration wäre, dass ein Ökonom oder Politologe mit Asienspezialisierung nur noch an Universitäten berufen werde, die auch über ein Asienzentrum verfügen.

Eine gewisse Breite soll also erhalten bleiben; wie eine inneruniversitäre Zentrenbildung erfolgreich praktiziert werden kann, schilderte Wolfgang Jäger am Beispiel der Universität Freiburg. So sei man dabei, die Asienwissenschaften durch ein neu zu schaffendes Asienzentrum zu verankern. Weiterhin arbeite Freiburg daran, innovative internationale englischsprachige Studiengänge einzurichten. Als Beispiel für den Ansatz, nicht nur *zu*, sondern auch *mit* einer Region zu arbeiten, nannte Jäger das Institut für Völkerkunde, das mit der Gadjah Mada-Universität in Yogyakarta, Indonesien, im Tandemverfahren ein gemeinsames Lehrforschungsprojekt angeboten habe. Vor allem im Hinblick auf die Berufschancen der Absolventen sei eine verstärkte Ausrichtung auf gegenwartsbezogene Themen etwa in der Islamwissenschaft notwendig.

Mit solchen Initiativen kann die Position der Fächer verbessert werden. Doch ausgerechnet der einer weiteren Internationalisierung dienende Bologna-Prozesses mit seiner Einführung von Bachelor (B.A.)- und Masterstudiengängen stellt diese Fächer vor teils existenzbedrohende Schwierigkeiten. So stellt sich die Frage, wie die Grundlagen des Faches, das als unerlässlich betrachtete Erlernen einer Sprache, Berufspraktika und Auslandsaufenthalte, in gerade mal sechs Semestern absolviert werden können. Professor Gudrun Krämer von der Freien Universität Berlin sah die Gefahr, dass Universitäten in diesen Bereichen nur noch die weiterführenden Masterstudiengänge anbieten und die Fächer ohne die notwendigen Grundlagen „schleichend austrocknen und schließlich völlig von der Bildfläche verschwinden.“ Professor Gerhard Stilz von der Universität Tübingen und Sprecher für den Vorstand der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) empfahl daher, die bis zu acht Semestern reichende Spannweite für die B.A.-Studiendauer verstärkt auszureizen. Möglich sei auch, so DAAD-Generalsekretär Christian Bode, eine „3+1“-Variante, indem das zusätzliche Jahr den Auslandsaufenthalt, eventuell mit Praktikum, umfasst.

Im Laufe der Tagung wurden unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Definition des Fachbereiches sichtbar. So wandte sich Hans-Jürgen Puhle, Universität Frankfurt und Mitglied der AG Regionalstudien des Wissenschaftsrats (WR), gegen die Verwendung des Begriffes „Regionalwissenschaften“. Dieser suggeriere, es handele sich hierbei um eigene Wissenschaften. Doch blieben diese bei aller weiterführenden Bündelung und Ergänzung Fachdisziplinen und spezialisierte Regionalforschung, aber keine neuen Wissenschaften.

Prof. Dr. Howard Wiarda von der University of Georgia, Atlanta, sprach sich für eine neue Betrachtungsweise der Regionalwissenschaften aus, da der historisch geprägte Regionenbegriff oftmals nicht mehr zutrefte – beispielsweise sei Chile in ökonomischer Hinsicht enger im asiatisch-pazifischen Raum integriert als in Lateinamerika. Kulturelle Hybridisierung und Diaspora-Bildung durch Migration lassen den klassischen, primär geographisch ausgerichteten Regionenbegriff ebenfalls unscharf werden.

Kernstück der Freiburger Tagung war die Erarbeitung neuer Leistungs- und Anforderungsprofile in regionalspezifischen Arbeitsgruppen. Ihre Ergebnisse sind in ein „Freiburger Memorandum zur Zukunft der Regionalstudien“ eingeflossen, das mittlerweile veröffentlicht wurde (siehe unten). Der Dekan der Philosophischen Fakultät an der Universität Freiburg, Professor Herrmann Schwengel, betonte, dass man offen sei für die Synergieeffekte einer Zentrenbildung, allerdings dürfe bei dieser nicht nur der Spargedanke im Vordergrund stehen – wichtig sei die Sicherung einer „kritischen Masse“ bei der personellen und materiellen Ausstattung. Weiterhin sollen die Regionaldisziplinen sich bei aller Eigenständigkeit stärker in den „Mutterdisziplinen“ wie Ökonomie, Politikwissenschaft oder Geschichte verorten. Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich auch gegen die geplante Angleichung der Fachhochschulen aus, die ihre spezifischen Profile behalten sollen.

Da bei den Regionalwissenschaften die Einführung der neuen Studiengänge oft noch am Anfang steht, hat das „Freiburger Memorandum“ gute Chancen, auf diesen Prozess einzuwirken. Es sollte nach den Vorstellungen von DAAD-Generalsekretär Christian Bode Anknüpfungspunkt für einen intensiveren Dialog der in Freiburg vertretenen Disziplinen mit Förderorganisationen, insbesondere der DFG, sein. In ein bis zwei Jahren ist eine Folgekonferenz in Zusammenarbeit mit dem DAAD geplant.

Stefan Rother

Freiburger Memorandum zur Zukunft der Regionalstudien in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und des Nahen Ostens

Mit der sich beschleunigenden Globalisierung wird auch die Bundesrepublik Deutschland zunehmend in globale Handlungszusammenhänge eingebunden. Damit wächst der Bedarf an fundiertem Wissen über außereuropäische Regionen. Doch scheinen Sparzwänge und Studienreformen vor allem jene Fächer, Fachorientierungen und Studiengänge in ihrer Existenz zu bedrohen,

die diese Kenntnisse zu vermitteln vermögen. Dieser Widerspruch war Gegenstand einer gemeinsam vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und der Universität Freiburg unter dem Titel „*Regional- und Kulturwissenschaften in Deutschland und die neuen Studiengänge*“ am 16. und 17. Dezember 2005 in Freiburg ausgerichteten Tagung. Sie richtete sich vornehmlich an Vertreterinnen und Vertreter wissenschaftlicher Disziplinen, die sich mit den Gesellschaften, Kulturen und Sprachen Asiens, des Nahen Ostens, Lateinamerikas und Afrikas befassen. In Plenumsdebatten, Arbeitsgruppen und im Dialog mit Vertretern der HRK, des Wissenschaftsrats, Fachgesellschaften, Wirtschaft, Diplomatie und den Studierenden erarbeiteten die rund 120 Konferenzteilnehmer die im folgenden in Thesenform zusammengefassten Empfehlungen.

1. Die gegenwärtige hochschulpolitische Umbruchsituation sollte von den mit Regionalforschung befassten Fächern offensiv und kreativ angegangen werden. Dies gilt vor allem für jene Standorte von asien- und afrikawissenschaftlichen BA-Studiengängen, die nicht über die gesamte wünschenswerte Fachkompetenz verfügen. Hier ist auf die Auslobung von Förderprogrammen zu dringen, die eine größere Mobilität von Lehrenden und Studierenden (durch inter-universitäre Kooperation im Rahmen gemeinsamer BA-Studiengänge, ggf. auch Wandermodule) ermöglichen. Die Hochschulen sind zu ermutigen, ihre Mitglieder in solchen Initiativen zu unterstützen. Damit würde auf nationaler Ebene nur nachgeholt, was im Bereich der internationalen Hochschulkooperation bereits mit Erfolg praktiziert wird. Zugleich müsste durch Sonderregelungen auch der Bestand von Fächern (z. B. Mongolistik) gesichert werden, die in Deutschland ganz aus dem Fächerspektrum zu verschwinden drohen. Es bestand zudem weitgehende Einigkeit darüber, dass Studierende auch weiterhin nicht nur für außerakademische, sondern auch für akademische Berufe adäquat ausgebildet werden müssen. Dazu sind konsekutive Studienangebote auf der BA- und MA-Ebene erforderlich, ohne damit aber Qualifizierungsangebote für „quereinsteigswillige“ MA und PhD-KandidatInnen auszuschließen.
2. Die Vorteile einer Zentrenbildung in der Regionalforschung bestehen vor allem in der Herstellung von Synergieeffekten und der Sicherung einer kritischen Masse in puncto personeller und materieller Ausstattung. Zentrenbildung darf aber nicht zum Synonym für Sparprogramme werden, in deren Gefolge Asien, Afrika, der Nahe Osten oder Lateinamerika aus Lehre und Forschung all jener Hochschulstandorte verschwinden, die nicht über Zentren verfügen. Da mit Zentrenbildung immer auch universitäre Profilbildung verbunden ist, muss davon ausgegangen werden, dass die Einrichtung von Zentren zu weit reichenden Konsequenzen

- in der Berufungspolitik führt. Dies hieße, dass beispielsweise ein Ökonom mit Asienspezialisierung nur noch an Universitäten berufen würde, die auch über ein Asienzentrum verfügen. Studierende der Wirtschaftswissenschaften an anderen Universitäten müssen dann auf eine fachlich kompetente Lehre mit dem Schwerpunkt Asien verzichten.
3. Eine solche Entwicklung würde die derzeit beobachtbare Tendenz zur Schrumpfung der „Mutterdisziplinen“ (Ökonomie, Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte, Geographie, Ethnologie, Rechtswissenschaft etc.) auf ihre vermeintlich nicht-regionalen oder „universalen“, tatsächlich aber primär oder ausschließlich an Europa und dem Norden orientierten Kernbestände verstärken. Einzelprofessuren in den „Mutterdisziplinen“ mit regionaler Spezialisierung dürfen daher nicht unter Verweis auf Zentren anderswo gestrichen oder umgewidmet werden. Ganz im Gegenteil ist eine sehr viel stärkere Verankerung der Regionalstudien in Lehre und Forschung in den „Mutterdisziplinen“ anzustreben. Hier ist insbesondere auf die prägenden paradigmatischen Impulse hinzuweisen, die die „Mutterdisziplinen“ aus der Regionalforschung erfuhren (z. B. Dependenztheorie, Transformationsforschung, „critical junctures“, „cultural turn“ in den Sozialwissenschaften etc.). Weil disziplinär ausgerichtete Professuren mit regionaler Spezialisierung sowohl in regional als auch disziplinär orientierten Instituten eingerichtet werden können, stellen Doppelmitgliedschaften eine erstrebenswerte Organisationsform dar.
 4. Grundlage einer international wettbewerbsfähigen Regionalforschung ist eine solide sprach- und landeskundliche Ausbildung. Vor allem bezüglich solcher Fächer, in denen das Erlernen der Sprache besonders schwierig und mit großem Lehr- und Lernaufwand verbunden ist (z. B. Sinologie, Japanologie, Koreanistik, Arabistik, etc.), muss bezweifelt werden, ob ein dreijähriger Bachelor-Studiengang die notwendigen Sprachfertigkeiten zu vermitteln vermag. Abhilfe kann hier eine Flexibilisierung der Studiendauer im Sinne einer „3+1“-Variante schaffen, die Auslandsaufenthalte, Praktika und (vorgeschaltete) (Sprach-)Propädeutika zulässt. Auch diese BA-Varianten müssen voll BAföG-fähig sein.
 5. Kooperationen im Sinne einer beidseitigen Studierenden- und Dozentenmobilität mit asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Partneruniversitäten sind zu stärken. Durch sie wird die Möglichkeit erleichtert, Auslandsaufenthalte – die neben Sprachfertigkeiten auch interkulturelle Kompetenz vermitteln – in die neuen Studiengänge zu integrieren. Sie müssen vom DAAD durch angepasste Förderinstrumente unterstützt werden. Deutsche Hochschulen können hierbei, ohne dass darüber individualisierende Kooperationsvarianten vernachlässigt werden sollten, besondere Synergieeffekte erzielen, indem sie durch den

gemeinsamen Aufbau von Offshore-Service-Einrichtungen an Partneruniversitäten die Studierendenmobilität fördern. Zu prüfen ist, inwieweit der DAAD den Aufbau derartiger Einrichtungen unterstützen kann.

6. Regionalstudien beruhen auf den unterschiedlichsten disziplinären Ausrichtungen. Auf die Erhaltung dieser Vielfalt (sprach-, literatur-, geschichts-, kultur-, sozial, politik-, wirtschaftswissenschaftlich usw.) ist auch in Zukunft zu achten. Soweit BA-Programme ihre Studierenden auf Berufe im nicht-akademischen Bereich vorbereiten, müssen sie ihnen die dafür erforderlichen berufspraktischen Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln. Das DAAD-Programm „Sprache und Praxis“ könnte hier wegweisend sein. Eine Ausweitung auf andere Regionalstudien im Sinne eines „BA-Plus“ unmittelbar nach Abschluss eines BA-Studiums sollte unbedingt anvisiert werden.

Regionalstudien sollten vor allem auf der BA-Ebene einen besonderen Gegenwartsbezug haben und dabei auch translokale Bezüge (Migration, Diaspora, Transnationalität, Interkulturalität) berücksichtigen. Auf der MA- und PhD-Ebene wiederum ist die Vernetzung mit den „Mutterdisziplinen“ z. B. durch die Teilnahme der Fächer an Graduiertenkollegs, Forschergruppen, SFBs, etc. wichtig. Die Gefahr, bei geringen Kapazitäten zwischen den Interessen der Nachbardisziplinen aufgerieben zu werden, ist dabei jedoch nicht von der Hand zu weisen.

7. Universitäten und Fachhochschulen haben in der Vergangenheit unterschiedliche, gleichwohl durchaus komplementäre Ausbildungsprofile entwickelt. Deren von der Politik favorisierte Angleichung erscheint wenig sinnvoll und birgt das Risiko, die jeweiligen komparativen Vorteile zu mindern. Vielmehr sollten beide Typen tertiärer Ausbildung ihre spezifischen Profile weiterentwickeln.
8. Die große kulturelle Heterogenität Asiens, des Nahen Ostens, Lateinamerikas und Afrikas verbietet eine rigide Standardisierung der neuen, mit diesen Regionen befassten Studiengänge. Sie müssen diese Vielfalt in den Lehrinhalten sowohl in theoretischer als methodischer Hinsicht widerspiegeln. Dazu bedarf es in den die Regionalforschung tragenden Disziplinen selbst, in den universitären Entscheidungsgremien, in der Ministerialverwaltung und in den Akkreditierungsagenturen eines hohen Maßes an Flexibilität. Nur so können die Absolventen das Wissen und die Fertigkeiten erwerben, die Politik und Wirtschaft dringend benötigen, um den Herausforderungen der Globalisierung erfolgreich zu begegnen.

Da die neuen Studiengänge (BA/MA) in den meisten regional orientierten Disziplinen noch am Anfang stehen, kann die Freiburger Konferenz nur der

Ausgangspunkt einer längeren Debatte sein, die zunehmend auch die empirischen Befunde einbeziehen muss. Es ist daher geplant, im Abstand von ein bis zwei Jahren weitere Veranstaltungen dieser Art in Zusammenarbeit mit dem DAAD folgen zu lassen, die in einen größeren internationalen Zusammenhang eingebettet werden, auch die Regionen des „Nordens“ einbeziehen und komparative, trans- und interregionale Bezüge thematisieren sollten. Diese Folgekonferenzen müssten darüber hinaus auch eine Fokussierung der Debatte auf spezifische Regionen und ihre besonderen Probleme ermöglichen.

Freiburg, im Dezember 2005

Jainism and Society

London, 22–23 March 2006

The 8th International Jaina Studies Workshop at SOAS was funded by the British Arts and Humanities Research Council as part of the research project on Jaina Law and Identity at SOAS. The conference was opened with the launch of *Studies in Jaina History and Culture: Disputes and Dialogues*, a voluminous collection of selected papers of previous Jaina Studies Workshops held at SOAS between 1999 and 2003. It is the first volume of the new series *Routledge Advances in Jaina Studies* which will serve as the principal publication medium for future conference proceedings. The second volume of the series, a monograph by Paul Dundas, will appear later this year.

The conference addressed the question of how Jain culture reproduces itself socially, sandwiched as it is today between a thin layer of Jain mendicants and lay virtuosi and society as a whole. What are the main features of Jain culture, society, and law? And how are social identities constructed and perpetuated? The thought provoking keynote lecture by Johannes Bronkhorst of the University of Lausanne, 'Jainism, window on early India', argued that Jainism, far from being an offshoot of Vedic religion, originated in the latter part of the first millennium BCE in the altogether different surroundings of "Greater Magadha", where an independent *śramaṇa* culture of Nigghanthas (Jains), Ājīvikas, Buddhists and others prevailed which may have been infiltrated by individual Brahmins but not yet dominated by Brahmin culture. The second day of the conference began with an art historical paper by Robert J. Del Bontà from San Francisco

(‘From Herodotus onwards: descriptions of unidentified Jainas’) on images of Jains in 16th and 17th century European literature, especially in Bernard Picart’s (1673–1733) monumental work *Cérémonies et coutumes religieuses*. The evidence presented suggested “that although not seen as a fully separate religion, the Jainas were considered [by Europeans] a special group from the earliest times”. Dharma Chandra Jain of the University of Jodhpur then spoke on ‘The concept of society in Jainism’ in canonical and medieval Jain literature. He did so by highlighting the individual-centred, atomistic view of society in Jain depictions of social intercourse and the predominance of ethical considerations. The following paper by Satya Ranjan Banerjee of the University of Calcutta, ‘Jain society in the reign of Jain kings’, gave a comprehensive overview of the social conditions of the Jains of India in the reigns of the South Asian kings from the times of Mahāvīra onwards on the basis of inscriptions and textual evidence. Sushil Jain of Assumption University in Canada addressed the ‘Jaina contribution to the science of polity with respect to Somadeva’s *Nītivākyāṃṛtam*, a famous 10th century Digambara Jain Sanskrit text on kingship, or *rājadharmā*. The wide-ranging paper argued that the text has been somewhat misunderstood by scholars who focused exclusively on the depiction of legitimate war in the text. The next lecture by Hampa Nagarajaiah from the University of Bangalore used case material from literature and inscriptions in medieval Karnataka to illustrate the importance of the institution of *śāstradāna*, the donation of scripture, for the reproduction of Jain culture, which cannot rely on rituals and social customs alone. He focused on the donations of the 10th century “great woman” (*mahāsati*) Attimabbe, and showed rare photographs of the only surviving manuscript of Puṣpadanta and Bhūtabali’s 2nd – 3rd century CE Prakrit text *Ṣaṭkhaṇḍāgama*, one of the most important Digambara treatises which is kept in the monastery (*maṭha*) of the *bhaṭṭāraka* of Mudabidri in coastal Karnataka. The 12th century palm leaf manuscript was virtually inaccessible and its contents unknown until a copy was smuggled out in 1896–1916, and later published with a Hindī translation by Hīrālāl Jain between 1939 and 1958. Kornelius Krümpelmann of the University of Münster concluded the morning session with an impressive lecture on ‘The *Sthānāṅgasūtra*: An encyclopaedic text of the Śvetāmbara canon’. He described the contents and the literary style of the work, its time of origin and its authorship, and showed convincingly through a linguistic analysis that the earliest commentary on the *Sthānāṅgasūtra*, composed by Abhayadevasūri in 1063 CE, misinterpreted the structure of the text in terms of the then fashionable *naya* theories instead of recognising it as an incoherent list of items for educational purposes.

The first part of the conference was mainly historical and textually oriented, while the second part was concerned with contemporary Jainism and Jains. The paper of Werner Menski (SOAS) on 'Jaina law as a natural law system' introduced a new theoretical model which combines three different kinds of rules – state, social, ethical/moral/religious – to generate subtle analytical types for the description of natural legal systems such as Jain law from the point of view of legal pluralism. Menski argued that the "identity postulate" inherent in Jaina law makes it recognisable as a natural law system. Peter Flügel's (SOAS) contribution ('Jaina law and the Jain community') presented an extended case study of the controversial recent judgement of the Supreme Court of India which rejected Jain "minority" status on the grounds that many Jains prefer to be categorised as part of the "Hindu" majority. It showed, on the basis of an analysis of historical Jain newspapers, that self-categorisations vary contextually and according to social and sectarian background; and how "Jainism" and "Jaina law" were intentionally constructed by liberal Jain communalists to maximise the political and social influence of the Jains in the colonial period, though the structure of Jain society can be better understood as a network of small and often ephemeral groups observing a variety of customs rather than as a single corporate ("ethnic") group or "community", irrespective of official legal definitions. Ravindra K. Jain of the Jawaharlal Nehru University in New Delhi analysed a recent case of Jain factionalism in his lecture 'Religious response to social unrest: the rise of the Kānjī Svāmī sect in contemporary Jainism'. He argued that the split that was caused by Kānjī Svāmī within the contemporary Digambaras can be understood in terms of anthropological theories of the rise of millenarian movements in periods of social unrest. The paper of Ulrich Oberdiek, from Freiburg, on 'Caste identity of the Agravals in an Uttaranchal market town' analysed the mixed Jain-Hindu religious structure of the Agravala caste, and suggested on the basis of field observations that life-style preferences based on family tradition and personal inclination are more important for identity choices than caste. Jitendra B. Shah of the L.D. Institute of Indology in Ahmedabad then presented a detailed historical overview of 'Jain societies in Ahmedabad', a city which is often called "the capital of the Jainas", and highlighted historical contexts of specific institutional developments. The penultimate paper of the conference on 'Bodies of renunciation and ethical bodies: situating ethical discourses among Jains' by Anne Vallely of the University of Ottawa analysed the construction of Jain social identity in the contemporary Jain diaspora from the point of view of the individual, focusing on the body as the principal site of Jain ethical discourse and on the symbolical importance of vegetarianism: "You are what you eat". The conference closed with the

lecture of Julia A. B. Hegewald of the University of Heidelberg on 'Domes, tombs and minarets: Islamic influences on Jaina architecture' which demonstrated with the help of slides that there are a large number of Jaina religious structures throughout India which closely resemble Muslim mosque and tomb architecture; an issue which provoked an interesting discussion at the end of an enjoyable and informative conference, whose Jain food (SOAS style) was appreciated by some two hundred scholars, students and Jains from all over the world.

Peter Flügel